

# Kritik an Rot-Grün von Schwarz-Rot

Kreispolitiker mit Landesvorgaben unzufrieden

VON LARS STRÜNING

**LANDKREIS.** Ein Hauch von Landespolitik wehte am Mittwochvormittag durch den Großen Sitzungssaal des Stader Kreishauses: Der landauf, landab entfachte Sturm vor allem der Landwirte gegen den Entwurf zum neuen Landesraumordnungsprogramm (LROP) der rot-grünen Landesregierung mündete als laues Lüftchen im Ausschuss für Regionalplanung und Umweltfragen.

Der Kreis muss zum Ideen-katalog aus Hannover seine Stellungnahme abgeben. Bevor es so weit ist, wurde kontrovers diskutiert. Die CDU, die den LROP-Entwurf auf Landesebene bekämpft, tat das auch im Kreishaus. Kreistagsmitglied Kai Seefried, der im Landtag sitzt, sagte: „So wie es hier geplant wird, darf es nicht bleiben.“ Er ärgert sich über die Herabstufung von Drochtersen und Harsefeld zu reinen Grundzentren mit deutlich geringeren Einzugsgebieten in Sachen Einzelhandel und Versorgung der Bevölkerung mit Arbeitsplätzen. Das schwäche den ländlichen Raum.



» Das darf  
so nicht  
bleiben.«

KAI SEFRIED, CDU.

Der große Knackpunkt ist der Wunsch der Landesregierung, verstärkt Torfabbauflächen und trocken gelegte Moore wieder zu vernässen. Das gehe auf Kosten der Landwirte. Allein im Landkreis wären davon 5350 Hektar Land betroffen. Er sprach von einer großen Verunsicherung bei den Landwirten. Verstärkt wurden seine Aussagen von Johann Knabbe vom Stader Landvolk. 70 bis 80 Prozent der Moorflächen würden von Bauern bewirtschaftet. Es sei fahrlässig, die Perspektiven gerader junger

Landwirte für den Moorschutz zu opfern.

Oliver Grundmann, im Hauptberuf Bundestagsabgeordneter der CDU, kritisierte die fehlende Transparenz und Beteiligung Betroffener beim LROP-Entwurf. Dass nach dessen Vorgaben der Landkreis Stade gezwungen wäre, drei Standorte für andernorts heftig umstrittene Bauschuttdeponien auszuweisen, hält er für „richtig problematisch“.



» Nur keine  
Panik.«  
HANS-UWE  
HANSEN, SPD

Die Antworten aus dem rot-grünen Lager ließen nicht lange auf sich warten: Nur keine Panik, beruhigte SPD-Fraktionschef Hans-Uwe Hansen. Es handle sich um einen ersten Entwurf. Beim Moorschutzprogramm würde kein Landwirt zwangsenteignet oder Flächen gegen seinen Willen vernässt. Verena Wein-Wilke von den Grünen stieß ins selbe Horn: „Änderungen sind gängige Praxis.“ Parteikollege Hartwig Holthaus ergänzte: Moore seien wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten und Klimaschutz.

Am Ende der Diskussion stand dann wieder die große Koalition von CDU und SPD, die gemeinsam – gegen die zwei Stimmen der Grünen – einem entschärften Antrag der CDU zum LROP-Entwurf zustimmten. Der wendet sich gegen eine Einschränkung der kommunalen Planungshoheit durch das Land, kritisiert den Zuschnitt der Mittelzentren im Bereich Elbe-Weser und die Degradierung von Harsefeld und Drochtersen. Das Moorschutzprogramm des Landes dürfe nicht zu einem Verlust landwirtschaftlicher Flächen führen.